1. Die Stadt Sankt Augustin beabsichtigt angesichts der seit längerem hohen Nachfrage und der stetigen Zuwanderung eine deutliche Ausweitung des Baus preisgünstiger Wohnungen im Stadtgebiet im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Ziel ist es für alle Menschen, genügend preiswerten und gleichzeitig attraktiven Wohnraum zu schaffen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, planerisch mögliche Flächen für die Entwicklung von sozialem Wohnungsbau vor dem Hintergrund der bestehenden Regional- und Bauleitplanung sowie sonstiger Planungen/Schutzgebietsausweisungen bzw. dort absehbarer möglicher Änderungen zu identifizieren. Dabei ist ein besonderer Schwerpunkt auf die Nutzung von Baulücken und Nachverdichtung zu legen mit dem strategischen Ziel einer dezentralen und aus kleinen Einheiten bestehenden Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus. Sollte für eine solche Voruntersuchung die Beauftragung externer Kräfte notwendig sein, unterbreitet die Stadtverwaltung dem Rat bzw. dem zuständigen Ausschuss einen entsprechenden Vorschlag.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die entsprechend planerisch identifizierten Flächen eine Abschätzung über Realisierungsmöglichkeiten (Grundstücksverhältnisse, Nutzungskonkurrenzen etc. abzugeben).
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse der Analysen sowie die jeweiligen Einschätzungen dem Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration und dem Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss zur Beratung vorzulegen. Bestandteil sollen auch konkrete Handlungsempfehlungen zur planerischen und umsetzungsorientierten Realisierung von Projekten des sozialen Wohnungsbaus sein.
5. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Förderprogramme von Bund, KfW, Land etc. zu prüfen und im Hinblick auf eine Umsetzung gemeinsam mit weiteren Akteuren, insbesondere den Wohnungsbaugenossenschaften, zu diskutieren mit dem Ziel einer zeitnahen Realisierung von Projekten. Dem Rat und den zuständigen Gremien soll über die Nutzung der aktuellen Förderprogramme aller Ebenen für die Realisierung von sozialem Wohnungsbau - auch unter dem Aspekt der Unterbringung von Flüchtlingen sowie damit in Zusammenhang stehenden Synergieeffekten - berichtet und ggf. Maßnahmen vorgeschlagen werden.